

# Abstimmungsempfehlung

## SVP Muotathal, 29. November 2020



### Eidgenössische Abstimmungen

#### **NEIN** Volksinitiative vom 10. Oktober 2016 «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»

Von Schweizer Unternehmen wird erwartet, dass sie die Menschenrechte und die Umweltstandards auch im Ausland einhalten. Die Schweiz hat sich aktiv an der Ausarbeitung dieser Standards beteiligt. Den Initianten der Unternehmens-Verantwortungs-Initiative gehen diese Standards jedoch zu wenig weit. Darum wollen sie strengere gesetzliche Verpflichtungen einführen: insbesondere verlangen sie, dass Schweizer Unternehmen prüfen müssen, ob ihre Tochterunternehmen, Zulieferer und Geschäftspartner bei deren Geschäftstätigkeit die Menschenrechte und die Umweltstandards einhalten. Sie müssen Massnahmen ergreifen, um gegen allfällige Verstösse vorgehen zu können. Zudem sollen sie auch für das Fehlverhalten ihrer Tochterunternehmen und der von ihnen kontrollierten Unternehmen haften. Alle Schadenfälle, die diese Unternehmen verursachen, sollen von Schweizer Gerichten nach Schweizer Recht beurteilt werden.



#### **NEIN** Volksinitiative vom 21. Juni 2018 «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

In der Schweiz sind die Produktion und die Ausfuhr von Kriegsmaterial wie Pistolen, Sturmgewehren und Schützenpanzern streng geregelt. Die Finanzierung und die Herstellung von Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen, Personenminen und Streumunition sind gesetzlich verboten, ebenso wie der Handel mit diesen Waffen. Bei einer Annahme der Initiative würden weder weniger Waffen produziert noch weniger Konflikte geführt werden. Dagegen wären aber die wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen für die Schweiz schädlich; die Anlagemöglichkeiten für die Altersvorsorge und die AHV/IV würden eingeschränkt und die KMU, die mehr als 5% ihrer Einnahmen mit Rüstungsgütern erwirtschaften, erhielten keine Kredite mehr.



### Kantonale Abstimmungen

#### **NEIN** Gegenvorschlag zur Initiative «Geld zurück in den Kanton Schwyz»

Die SVP stellt sich zwar als einzige politische Partei gegen den Gegenvorschlag des Kantonsrates, jedoch ist auch der Regierungsrat gegen die Aufstockung der Energieförderung und gegen das unnötige Verteilen. Die SVP lehnt den Gegenvorschlag in der vorliegenden Form ab. Er ist gegen die von einer Mehrheit des Kantonsrates beschlossene Erhöhung des kantonalen Beitrags von 1 Millionen Franken auf 2.5 Millionen Franken. Mit dem vom Regierungsrat beantragten Kantonsbeitrag von 1 Million Franken und der doppelten Bundesbeteiligung könnte das aktuelle Förderprogramm weitergeführt werden und müsste nicht mehr unterbrochen werden.

